

rief vom Dienst:
2 800/2971 (Durchwahl)
ontag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,
omstag 10 bis 17 Uhr,
onn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,
brige Zeit: Tonband

Rathauskorrespondenz

gegründet 1861

rk

ressum: Medieninhaber, Herausgeber und Druck: Presse- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus 3 Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,
Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort: Wien,
setzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zelle. - Auf Recyclingpapier gedruckt

Freitag, 30. Juni 1989

Blatt 1442

Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

Kommunal/Lokal:

- Eingleisiger Betrieb der U 4 in der Station Landstraße (1443)
- Flohmarkt: keine Absiedlung geplant (1444)
- Swoboda zum Nordbahnhof (1445)
- Der Stephansdom geht auf Reisen (1446/1447)
- Meiselmarkt wird zu neuem Stadtteilzentrum (1448-1450)
- Häupl: Wesentliche Schadstoffverringerng durch Nachrüstkat möglich (1451)
- Wiener Landtag (1452-1458)
- Schirmer: Erfolgreiche Ernährungsberatung (1459)
- Floridsdorfer Brücke erhält neuen Straßenbelag (1460)
- Wiener Gemeinderat (1462 ff.)

Kultur:

- Wien ist anders: Literatur am Buckel (1461)
- Montag Presseführung im Hofpavillon (nur FS)

Eingleisiger Betrieb der U 4 in der Station Landstraße

Wien, 30.6. (RK-LOKAL) Im Bereich des AEZ müssen Stützsanierungsarbeiten durchgeführt werden. Aus diesem Grund muß ab 3. Juli bis voraussichtlich 3. September 1989 in der Station Landstraße der U-Bahn-Linie U 4 der Bahnsteig in Fahrtrichtung Heiligenstadt gesperrt werden. Alle Züge der Linie U 4 — auch die in Fahrtrichtung Heiligenstadt — halten daher während dieses Zeitraumes, jeweils Montag und Dienstag ab zirka 20.45 Uhr bis Betriebsschluß und von Freitag zirka 20.45 Uhr bis Sonntag Betriebsschluß, am Bahnsteig Richtung Hütteldorf. Die Fahrgäste werden durch die Zugzielanzeiger informiert. (Schluß) roh/bs

Flohmarkt: Keine Absiedlung geplant

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Zu den Zeitungsmeldungen über das samstägige Straßenfest am Flohmarkt bzw. in einzelnen Zeitungen gedruckten Meldungen über eine angeblich geplante Absiedlung des Flohmarkts stellte die für die Märkte zuständige Stadträtin Christine SCHIRMER, heute, Freitag, gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ fest, daß weder an eine Verlegung noch an eine Teilung des Flohmarkts gedacht sei. „Selbstverständlich müssen in Zusammenwirken von Polizei, Zoll und Marktamt gegen die illegalen Nebenerscheinungen ständig Maßnahmen gesetzt werden. Der Flohmarkt als solcher, der — wie auch Berichte ausländischer Zeitungen beweisen — eine Institution geworden ist und zu den Fremdenverkehrsattraktionen zählt, wird weder, wie von Bezirksvorsteher Mag. Pint gefordert, geteilt noch abgesiedelt“, schloß Schirmer. (Schluß) hrs/rr

Swoboda zum Nordbahnhof

Bei Ankauf durch die Stadt ist freie Verwertung des Areals zugesichert

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Zum Dringlichen Antrag der Wiener FPÖ im Landtag, die Bundesregierung solle Maßnahmen zur Sicherung eines fairen Wettbewerbes bei der Bebauung des Areals des Nordbahnhofes treffen, stellte Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ folgendes fest:

„Die Wiener FPÖ geht bei ihrem Antrag bezüglich des Nordbahnhofes von einer falschen Voraussetzung aus. Das von ihr ins Treffen geführte Grundbenützungsbereinkommen betrifft nämlich lediglich einen Grundstücksstreifen entlang der Lassallestraße.

Es bezieht sich aber nicht auf jenes Areal, für das die Stadt Wien ein Kaufangebot abgegeben hat. Ich gehe von der Voraussetzung aus, daß die Zusagen von Verkehrsminister STREICHER und ÖBB-Generaldirektor ÜBLEIS Garantie dafür sind, daß das gesamte Areal bei einem eventuellen Verkauf an die Stadt Wien ohne jegliches bestehende Verwertungsrecht übergeben wird.“ (Schluß) lf/gg

Der „Stephansdom“ geht auf Reisen

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Stephansdom — allerdings nicht das Original, sondern ein originalgetreu nachgebauter Lego-Stephansdom — geht auf Reisen: Er wird in den kommenden Monaten mit den ÖBB kreuz und quer durch Österreich fahren und in mehreren Bahnhöfen für je einen Monat aufgestellt, um für Spenden zu werben. Diese Aktion wurde Freitag vormittag von den ÖBB, Lego-Österreich und dem Verein „Unser Stephansdom“ in einem Pressegespräch am Wiener Südbahnhof vorgestellt, an dem Bürgermeister Dr. Helmut ZILK und Kardinal Dr. Hans Hermann GROER teilnahmen.



Der Grund für diese Aktion: In den kommenden 20 Jahren werden rund 400 Millionen Schilling für die bauliche Erhaltung des Domes (ohne Inneneinrichtung) benötigt. In erster Linie sind Steinmetz-, Gerüstungs-, Verglasungs- und Elektroinstallationsarbeiten, erforderlich.

Die Firma Lego Austria hat, um einen Beitrag zur Restaurierung dieses Wiener Wahrzeichens zu leisten, vor einem Jahr den Modell-Stephansdom geschaffen. Damals haben 18 Modellbauer in rund 3.000 Arbeitsstunden aus über 500.000 Lego-Elementen das Kunstwerk geschaffen, das 2 x 3 Meter Grundfläche hat, 4,25 Meter hoch ist und 350 Kilogramm wiegt.

Forts. von Blatt 1446



Fotos: PID/Hutterer

Der Mini-Stephansdom bleibt bis Anfang August am Südbahnhof, seine weiteren Stationen sind der Hauptbahnhof Villach, der Hauptbahnhof Innsbruck, der Hauptbahnhof Salzburg und gegen Jahresende der Wiener Westbahnhof. Die Wiener Städtiche übernahm kostenlos die Versicherung. (Schluß) ull/bs

Meiselmarkt wird zu neuem Stadtteilzentrum

Jury präsentierte Wettbewerbsergebnis

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) „Wir müssen gerade in Stadtgestaltungsfragen verstärkt in Planungsalternativen denken. Dies muß nicht zwangsläufig in groß angelegten Wettbewerben erfolgen, aber das Verfahren zur Neugestaltung des Meiselmarktes als neues Stadtteilzentrum ist ein gutes Beispiel für die weitere Vorgangsweise in der Stadtplanung“, sagte Freitag Planungsstadtrat Dr. Hannes SWOBODA anlässlich der Präsentation des Juryergebnisses aus dem „Geladenen Wettbewerb Wasserbehälter Meiselmarkt“ durch den Juryvorsitzenden Arch. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Hans PUCHHAMMER und dem Bezirksvorsteher des 15. Bezirks Kurt MENER.

Der Juryvorsitzende Prof. Puchhammer wies auf die aus seiner Sicht optimale Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der Ingenieurkammer und der Stadt Wien bei diesem geladenen Wettbewerb hin und gab die zusammenfassende Empfehlung der Jury zur weiteren Vorgangsweise. Darin heißt es:

Empfehlung der Jury

„Der Wettbewerb 'Wasserbehälter Meiselmarkt' bzw. die von den eingeladenen Architekten Brunbauer, Falkner, Guttman und Wimmer eingereichten Projekte, erbrachten eine Reihe von neuen Ideen und Anregungen, jedoch konnten in keinem der eingereichten Projekte ausschließlich positive Lösungen für alle Teilbereiche gefunden werden.

Nach Bewertung der einzelnen Arbeiten und eingehenden Beratungen kamen die Mitglieder der Jury zu folgender einstimmig gefaßter Empfehlung:

Das im städtebaulichen Leitprojekt, welches dem geladenen Wettbewerb zugrunde lag (Arch. Brunbauer im Auftrag der Magistratsabteilung 19), entwickelte Grundkonzept eines mittig gelegenen Atriums mit transparenter Überdeckung als Witterungsschutz im ehemaligen Wasserbehälter sowie die grundsätzliche Erschließung des Geschäftsbereiches von der Hütteldorfer Straße bzw. Wurmsergasse hat sich im Spiegel der Wettbewerbsergebnisse als richtig und weiterführend erwiesen.

In Anbetracht der weiterführenden Ansätze in den Projekten Arch. Falkner und Arch. Guttman wird empfohlen, diese Architekten mit der gemeinsamen Weiterbearbeitung des Projektes zu betrauen.

Im Projekt Falkner wird als weiterführend und positiv erkannt:

- Die großzügige und dem Charakter dieses Bauwerks entsprechende Freilegung des Wasserbehälters im südlichen Teil (Meiselstraße/Wurmsergasse) und die damit verbundene gute Außenbeziehung zwischen dem Marktbereich und dem umgebenden öffentlichen Freiraum,
- die Akzentuierung des Eckbereiches Johnstraße/Meiselstraße durch eine turmartige Bebauung,
- die signifikante Ecklösung mit Betonung der Eingangssituation zum Geschäfts- und Marktbereich Ecke Hütteldorfer Straße/Johnstraße,
- die Gestaltung des Bereiches Wurmsergasse/Meiselstraße als zentraler Freiraum für das künftige Bezirkszentrum,
- die klare Wegführung vom Eingangsbereich Hütteldorfer Straße/Johnstraße zu diesem zentralen Freiraum an der Wurmsergasse, mit direkter Sichtbeziehung unter Einbeziehung des Atriums,
- die großzügige räumliche Lösung entlang dieser Wegführung insbesondere die Schaffung eines attraktiven Raumes durch die großzügige Überdachung des Atriums, die auch eine entsprechende Durchlüftung des Marktbereiches gewährleistet,

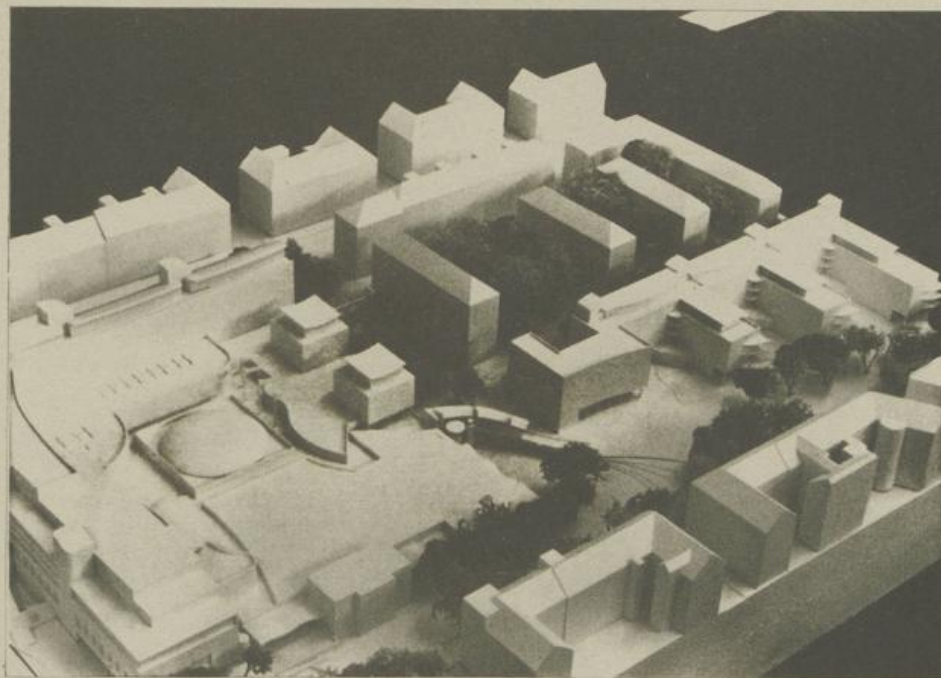
- die Anordnung des Bauernmarktes in der Wurmsergasse in der Weise, daß eine unmittelbare Sicht- und Wegverbindung zur gedeckten Markthalle gegeben ist.



Projekt Arch. Falkner:

Freilegung des Wasserbehälters für den Markt mit überdachtem Innenhof. Schaffung eines großzügigen Freibereiches für das Bezirkszentrum.

Im Projekt Guttman wird als zielführend und positiv erkannt:



Projekt Arch. Guttman:

Wohnbebauung über dem derzeitigen Meiselmarkt. Fortführung des Grunkonzeptes und Oberflächengestaltung bis zum Kardinal-Rauscher-Platz

Fotos: Sündhofer

- Die Gestaltung der Eingangssituation U-Bahn-Marktbereich an der Johnstraße,
- der Vorschlag des Schallschutzes an der Johnstraße, wobei dessen Wirksamkeit und Durchführbarkeit im Detail noch zu überprüfen ist,

Forts. von Blatt 1448

Forts. auf Blatt 1450

- die Wohnbebauung am Meiselmarkt mit ihren südorientierten Wohnhöfen und der überzeugenden architektonischen Konzeption,
- die Gestaltung des öffentlichen Freiraumes vom Eingangsbereich des Marktes an der Wurmsergasse bis zum Kardinal-Rauscher-Platz.

In beiden Projekten wurden folgende Teilbereiche positiv bewertet und in weiterer Folge zur gemeinsamen Bearbeitung empfohlen:

- Die Oberflächengestaltung des südlichen Teiles des Wasserbehälters,
- die Durchbildung der Randbebauung am Wasserbehälter, wobei im Projekt Falkner besonders die überzeugende Ecklösung Ecke Hütteldorfer Straße/Johnstraße, die allerdings eine problematische Hoflösung (durch das Verschwenken des innenliegenden Baukörpers) verursacht,
- im Projekt Guttman die klare Konzeption der Randbebauung mit einer durchlässigen Gestaltung des Bereiches an der Wurmsergasse, allerdings einer weniger überzeugenden Ecklösung und Eingangssituation im Bereich Hütteldorfer Straße/Johnstraße.

Des weiteren empfiehlt die Jury zu überprüfen, ob das Stationsbauwerk der U-Bahn in der Meiselstraße, dessen Gestaltung auf die städtebauliche Situation des Meiselmarktes abgestimmt war, im Hinblick auf die neuen Gegebenheiten überarbeitet werden kann.

Und schließlich sollte überprüft werden, ob es möglich ist, einen Teil der Stellplatzverpflichtung des Projektes im Bereich der über der U-Bahn-Trasse gelegenen Garage zu erfüllen.

Besonders betont wird, daß die Qualität des Projektes von der Abstimmung der Niveaus im umliegenden Straßenbereich auf das Projekt, und hier insbesondere auf den Wasserbehälter, abhängt. Die Weiterführung der bisher guten Zusammenarbeit mit den öffentlichen Dienststellen erscheint unter diesem Gesichtspunkt äußerst wichtig für die weitere Projektierung."

Bezirksvorsteher Menger: Erfreuliches Ergebnis

Bezirksvorsteher Menger bezeichnete den Wettbewerb und sein Ergebnis als sehr erfreulich für den 15. Bezirk, weil es gelungen sei, trotz der notwendigen Wohnbebauung genügend Freiraum zu schaffen. Die gesamte Umgebung bis zum Kardinal-Rauscher-Platz soll durch Baumpflanzungen ebenfalls in die Grüngestaltung miteinbezogen werden.

Die Randbebauung des Meiselmarktes wird die Wohnungen vom Verkehrslärm abschirmen, eine Tiefgarage soll die Parkraumfrage lösen helfen und der gesamte Bereich soll zu einem Bezirkszentrum aufgewertet werden.

Ausstellung beim Rathaus

Die Wettbewerbsarbeiten sind in den INFO-Räumen der Stadtplanung in der Rathausstraße 9 (Ecke Friedrich-Schmidt-Platz) von Montag, den 3. Juli, bis einschließlich Freitag, den 14. Juli, in der Zeit von 9 bis 16 Uhr (an Donnerstagen bis 19 Uhr) zu sehen. Im Herbst wird diese Ausstellung im 15. Bezirk präsentiert.

Wie Planungsstadtrat Swoboda anlässlich dieses Pressegespräches feststellte, seien die INFO-Räume als „STADTWERKSTATT“ geplant und eingerichtet worden, die Bezeichnung „STADTWERKSTATT“ sei bis auf weiteres jedoch nicht möglich, weil ein Verein gleichen Namens bzw. dessen Obmann ÖVP-Gemeinderat Mag. Robert KAUER die Verwendung des Namens „STADTWERKSTATT“ untersagen lassen will. „Dies wird jedoch nichts daran ändern, daß in den Räumen wie in einer 'STADTWERKSTATT' gearbeitet und die Ergebnisse allen Bürgern dieser Stadt präsentiert werden“, schloß Planungsstadtrat Dr. Hannes Swoboda. (Schluß) lf/gg

Häupl: Wesentliche Schadstoffverringerung durch Nachrüstkat möglich

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Für eine gesetzliche Verpflichtung zum Nachrüstkatalysator sprach sich Umweltstadtrat Dr. Michael HÄUPL am Freitag erneut gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ aus. Durch diese Maßnahme könnten bei nachrüstbaren Kraftfahrzeugen wesentliche Emissionsvermindernungen und damit eine Verbesserung der Luftqualität erzielt werden. In Wien sind rund 550.000 PKW und Kombis angemeldet, von denen etwa 160.000 mit Kat nachrüstbar sind. Geht man davon aus, daß ein PKW im Schnitt — bei günstiger innerstädtischer Fahrweise — 15,8 Gramm Kohlenmonoxid/km, 2,17 g Kohlenwasserstoffe/km und 1,52 g Stickoxide/km emittiert, durchschnittlich 12.5000 km/Jahr gefahren (Angabe ÖAMTC), und die Nachrüstkats einen mittleren Wirkungsgrad von rund 48 Prozent haben, ergäben sich folgende Emissionsminderungen pro Jahr:

CO: 14.700 Tonnen
Kohlenwasserstoffe: 1.900 Tonnen
NOx: 1.600 Tonnen

„Diese wissenschaftlich errechneten Werte sind ein klarer Beweis dafür, wie dringend notwendig die gesetzliche Vorschreibung des Nachrüstkatalysators wäre“, schloß Häupl, der eine Förderungsaktion aufgrund des geringen Interesses der Autofahrer — wie sich in anderen Bundesländern bereits gezeigt hat — ablehnt. Eine Förderungsaktion mit 3.000 Schilling pro Kfz würde 4,8 Millionen Schilling kosten, wenn nur jeder hundertste Kraftfahrer die Förderung nützt. Bei dieser geringen Nutzung der Förderung könnten aber nur 19 Tonnen Kohlenwasserstoffe und 16 Tonnen Stickoxide eingespart werden. (Schluß) du/gg

Wiener Landtag

Fragestunde

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Landtages wurde mit einer Fragestunde eröffnet.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LABg Mag. KABAS (FPÖ) nach der Reaktion des Bundes auf die Forderung von Landeshauptmann Dr. ZILK, alte Autos verpflichtend nachträglich mit Katalysatoren auszurüsten, teilte der Landeshauptmann mit, daß es bisher keine Reaktion gegeben habe.

Er werde nach dem Sommer die Frage neu aufwerfen, sagte Zilk und schlug vor, daß die drei Fraktionen des Landtages einen gemeinsamen Beschluß in diesem Zusammenhang fassen mögen. Auf eine Zusatzfrage, in der eine Förderaktion für Nachrüstkatalysatoren bis zur gesetzlichen Verpflichtung angeregt wurde, gab Landeshauptmann Zilk zu bedenken, daß die Erfahrungen anderer Bundesländer wenig Anlaß zu Optimismus geben. Dennoch solle man den gesamten Fragenkomplex im Herbst neu durchdenken.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von LABg FÜRST (ÖVP), welche Kennzeichentafeln es ab 1.1.1990 in Wien geben werde, wies Landeshauptmann Dr. Zilk auf die derzeitige Rechtslage hin:

Zur Einführung der „Hundertwasser-Tafeln“ sei eine rasche Gesetzesänderung nötig. Die Landeshauptleutekonferenz habe daher gestern beschlossen, an die Bundesregierung mit der Bitte heranzutreten, die Einführung der erwähnten Tafeln nochmals zu prüfen.

LABg Mag. KABAS (FPÖ) richtete an den Landeshauptmann die DRITTE ANFRAGE, wie er zur Einführung des Ausländerwahlrechtes stehe. Zilk bekannte sich zu einer sinnvollen Integration der hier gerne lebenden und produktiv tätigen Ausländer. In diesem Gesamtzusammenhang sei das Wahlrecht nur ein Teilaspekt. Er persönlich halte eine Erleichterung des Zugangs zur Staatsbürgerschaft — unter bestimmten Voraussetzungen — für sinnvoll, meine aber, daß man diesen gesamten Fragenkomplex im Herbst gemeinsam diskutieren und auch in Zusammenhang mit den Bestimmungen in der EG sehen müsse. In einer ZUSATZFRAGE wollte Mag. Kabas wissen, ob Zilk beabsichtige, das Ausländerwahlrecht auf Bezirksebene einer Volksabstimmung zu unterziehen. Zilk bekannte sich dazu, daß für die Integration viel mehr getan werden müsse und bezeichnete eine Volksabstimmung als nicht zielführend. Im Herbst müsse man diesen Fragenkomplex unter Einschließung der Problematik von Arbeitsgenehmigungen mit allen beteiligten Gruppen diskutieren.

Auf die VIERTE ANFRAGE von LABg. DAMPIER (SPÖ) nach Untersuchungen über die Einsparung von Schadstoffemissionen aus Kraftfahrzeugen, wenn alle Autos mit Katalysatoren ausgerüstet würden, antwortete StR Dr. HÄUPL (SPÖ), daß theoretisch 160.000 Wiener Fahrzeuge Katalysatoren erhalten könnten, die bei den unterschiedlichen Emissionsbestandteilen unterschiedlich wirksam sind. Realistisch betrachtet, würde sich auch bei einer Förderungsaktion der Stadt Wien nur jeder hundertste Kraftfahrer für den Nachrüstkat entscheiden. 3.000 Schilling Landesförderung pro Kfz würde daher 4,8 Millionen Schilling Finanzierungsbedarf bedeuten. Damit könnten 19 Tonnen Kohlenwasserstoffe und 16 Tonnen Stickoxide pro Jahr „eingespart“ werden. Einen positiven Effekt brachte bereits die Preisreduktion beim Nachrüstkat um zwei Drittel, sagte Häupl.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LABg STOCKINGER (SPÖ), ob es in Wien eine Pelztierfarm gebe, antwortete StR Christine SCHIRMER (SPÖ), daß es ihrem Wissen nach derzeit in Wien keine Pelztierfarm gibt. Trotzdem wird auch im Hinblick auf eine mögliche derartige Tierhaltung im neuen Tierschutz- und Tierhaltegesetz darauf Rücksicht genommen und verlangt, daß

Forts. von Blatt 1452

Tiere so gehalten werden müssen, wie es ihren wesentlichsten Bedürfnissen entspricht. Die Errichtung neuer Betriebe für Intensivtierhaltung sei vor der Inbetriebnahme der Behörde zu melden, sodaß auf diese Weise die ausreichende Kontrolle gewährleistet sei. Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen seien mit Strafen bis zu 100.000 Schilling bedroht.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LABg Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP) nach dem Verwaltungsaufwand für die Einhebung des Kostenbeitrages in den Wiener städtischen Krankenanstalten (50 Schilling pro Pflage-tag) antwortete StR Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ), daß der Manipulationsaufwand rund 6,6 Millionen Schilling pro Jahr ausmache. Für Chemotherapiepatienten, die nur einen Tag im Spital sind, wurde dieser Kostenbeitrag ausgesetzt. Über einen generellen Verzicht auf die Einhebung bei Eintages-Pflege werde derzeit verhandelt. Patienten, die länger als 28 Tage pro Jahr in Spitalsbehandlung sind und für die darüber hinausgehende Zeit keinen Kostenbeitrag zu leisten haben, sollen frühere Spitalsaufenthalte nachweisen, damit keine neue Verschreibung erfolgt. Sollten sie dazu nicht in der Lage sein, werde bei der Sozialversicherung nachgefragt.

Die Bemühungen bezüglich eines Finanzierungsübereinkommens mit dem Bund für den Bau der U 6 bis zum Franz-Jonas-Platz seien noch nicht erfolgreich abgeschlossen, sagte Verkehrsstadtrat Hatzl auf die SIEBENTE ANFRAGE von LABg PRINZ (FPÖ). Für das Straßenbauprojekt der B 3 in Floridsdorf vorgesehene Mittel seien nicht für den Bau der U 6 heranzuziehen.

Auf die ACHTE ANFRAGE von LABg SEVCIK (SPÖ), welche Vorbelastungen es bei den Bundesstraßenmitteln gebe, sagte Hatzl, 1990 seien durch Vorbelastungen 646 Millionen Schilling, 1991 620 Millionen, 1992 520 Millionen und erst 1993 mit 280 Millionen deutlich weniger fixiert. Nach dem jetzigen Stand des Straßenbaubudgets des Bundes werde es 1990 und 1991 keine Neubeginne für Wiener Bundesstraßen geben können. Der Straßenbau für die EXPO 1995 müsse über Sonderfinanzierungen geschehen, deren Höhe er auf rund sechs Milliarden Schilling schätze. Er sei sicher, daß den Wiener Projekten im Hinblick auf die EXPO und deren gesamtösterreichischen Bedeutung dann Priorität eingeräumt werde.

69 Anregungen habe ein Erlaß des Magistratsdirektors gebracht, mit dem die Dienststellen zur Überprüfung von Verordnungen aus der Zeit vor 1955 auf Anwendbarkeit und Zweckmäßigkeit aufgefordert wurden, sagte StR Dr. SWOBODA (SPÖ) auf die NEUNTE ANFRAGE von LABg Mag. KARL (ÖVP). Teilweise seien diese Vorschriften bereits in Überprüfung durch die zuständigen Magistratsabteilungen. Diese Phase der Rechtsbereinigung erfordere aber einen gewissen Zeitraum. Er rechne damit, schloß Swoboda, daß ein Paket ersatzlos abzuschaffender Vorschriften im Herbst vorgelegt werden könne.

Das künftige neue Landesjugendwohlfahrtsgesetz, beantwortete Landeshauptmann-Stellvertreterin Ingrid SMEJKAL (SPÖ) die ZEHNTE ANFRAGE von LABg RUPANER (SPÖ), entspreche den Bestimmungen des Bundesjugendwohlfahrtsgesetzes und beziehe sich auch auf Erfahrungen, die das Jugendamt gemacht habe. Im Vordergrund stehen der Dienstleistungscharakter der Jugendwohlfahrt, das Angebot sozialer und ambulanter Dienste sowie Beratung, Prophylaxe und Therapie, die die Entwicklung und Förderung der Familien forcieren. Ein weiterer wichtiger Punkt sei die gewaltfreie Erziehung. Auch Verbesserungen der Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten fänden im Landesjugendwohlfahrtsgesetz ihren Niederschlag. Erste Einrichtungen, die dessen Intentionen entsprechen, seien die Eltern-Kind-Zentren, das Kinderschutzzentrum, der Kinder- und Jugendanwalt und die Supervision von Mitarbeitern.

Forts. auf Blatt 1454

Dringlicher Antrag der FPÖ

Die FPÖ brachte einen dringlichen Antrag ein, in dem die Landesregierung aufgefordert wird, sich bei der Bundesregierung für die Sicherung eines fairen Wettbewerbs bei der Verbauung des Nordbahnhofgeländes einzusetzen. Begründung und Abstimmung über die Dringlichkeit des Antrags finden am Schluß der Debatte statt.

Bericht der Volksanwaltschaft

Volksanwältin Franziska FAST legte dem Wiener Landtag den 7. und 8. Bericht der Volksanwaltschaft vor. Der Berichtszeitraum umfaßt zweieinhalb Jahre vom 1. Juli 1984 bis 31. Dezember 1986. Die Verspätung der Vorlage erklärte die Volksanwältin mit dem unerwarteten Ableben von Dr. Bauer und akutem Personalmangel. Von den 709 Beschwerden waren 19 Prozent berechtigt und konnten zumeist positiv erledigt werden. Bei den restlichen 81 Prozent habe sich die Volksanwaltschaft bemüht, den Beschwerdeführern eine ausführliche Antwort zu geben, warum die Beschwerde nicht berechtigt war, und das in einer Form, die auch Nichtjuristen verstehen können. Die Arbeit der Volksanwaltschaft sei als Beitrag zu verstehen, erläuterte Fast, um zu einem besseren Bürgerservice zu kommen.

Franziska Fast und Helmuth JOSSEK, die beide in den Ruhestand treten, haben durch ihre Arbeit die Volksanwaltschaft wesentlich geprägt und großen Anteil daran, daß diese Einrichtung fest im Bewußtsein der Bevölkerung und des Rechtssystems verankert seien, erklärte LAbg Mag. KABAS (FPÖ) in seiner Wortmeldung. Der vorliegende Bericht habe Unzulänglichkeiten und Mißstände der Wiener Verwaltung aufgezeigt. Es gebe allerdings keine Verwaltung, die frei von Fehlern sei. Mit der Volksanwaltschaft sei aber das Rechtsschutzsystem so eng geknüpft, daß Mißständen und Willkür Einhalt geboten werden können. Kabas erläuterte an Hand des Berichtes Fälle, in denen durch die Intervention der Volksanwaltschaft Bürgern geholfen werden konnte: So bei einer Beschwerde über die doppelt erfolgte Abbuchung der Strom- und Gasrechnung durch die Wiener Stadtwerke oder bei Fällen von obrigkeitlichem Denken bzw. ineffizienter Vorgangsweise der Polizei, aber auch bei Eingriffen in die verfassungsrechtlich geschützte persönliche Freiheit. Kabas wünschte der Volksanwaltschaft weiterhin eine so gute Entwicklung wie bisher, damit sie eine wertvolle Bereicherung unseres Rechtsschutzsystems bleibe.

Landtagspräsident Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP) sagte, daß man mit der Arbeit der Volksanwaltschaft zufrieden sein könne, sie habe „ihre Aufgaben gemeistert“. Österreich sei ein „Musterland der Rechts- und Verwaltungskontrolle“. Durch das starke Anwachsen von Auskunftsdiensten würden aber neue Aufgaben für die Stadtinformation und den Presse- und Informationsdienst entstehen. Wien sei das Bundesland mit den geringsten Mißstandsfeststellungen der Großteil der Beschwerden richte sich gegen das Verhalten von Beamten auf unterer Ebene. Inhaltlich seien die meisten Beschwerden im Baurecht, der örtlichen Raumplanung und im Straßenwesen zu verzeichnen. Die ÖVP werde dem Bericht zustimmen.

LAbg JANK (SPÖ) forderte, daß auch Tirol und Vorarlberg Prüfungen im Landesbereich durch die Volksanwaltschaft zulassen sollen. Daß 2.800 der rund 50.000 Beschwerden bei der Volksanwaltschaft Wien betreffen, zeige, daß die Verwaltung in Wien „ganz gut“ sei. Jank brachte einen ANTRAG ein, mit dem der Bundesminister für Inneres aufgefordert wird, eine Novelle des Staatsbürgerschaftsgesetzes 1976 vorzubereiten. Dadurch soll ein Rechtsanspruch auf Verleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft, weiters für in Österreich geborene Kinder ausländischer Eltern sowie für die 2. und 3. Generation verankert werden. Außerdem sollen die Kosten für die Verleihung gesenkt werden, und die Landesregierungen sollen künftig selbständig Ausschließungsgründe für eine Verleihung prüfen können. Jank beantragte die sofortige Abstimmungen des Antrages. Jank übte dann

Forts. von Blatt 1453

Forts. auf Blatt 1455

Jank übte dann Kritik am Moderator der ORF-Sendung „Ein Fall für den Volksanwalt“, der durch sein persönliches Verhalten das Verhältnis aller Beteiligten zueinander nicht verbessere. Jank lobte das Wirken von Volksanwältin Fast und dankte auch den beiden anderen Volksanwälten für ihre Tätigkeit.

Volksanwältin Franziska FAST zeigte sich erfreut, daß die Volksanwaltschaft großes Vertrauen bei der Bevölkerung habe. Es müsse auch die Frage nach dem Schutz von alten Menschen oder von Bildungsbenachteiligten in unserer Gesellschaft gestellt werden. Sie lobte die Stadt Wien, wo aufgezeigte Fehler stets sehr rasch korrigiert wurden.

Volksanwältin Fast erhielt für ihren Bericht und ihre Tätigkeit demonstrativen Applaus aller drei Parteien.

ABSTIMMUNG: Der 7. und 8. Bericht der Volksanwaltschaft sowie die Zuweisung an die zuständigen Gemeinderatsausschüsse wurde einstimmig angenommen.

Der SPÖ-Beschlußantrag wurde durch den Präsidenten nochmals verlesen.

StR NEUSSER (ÖVP) meinte, daß es unüblich sei, daß andere Fraktionen über derart wichtige Angelegenheiten bzw. die Einbringung eines entsprechenden Antrages nicht verständigt werden. Er schlage die Zuweisung an einen Gemeinderatsausschuß oder eine Vertagung vor.

LAbg Mag. KABAS (FPÖ) sprach von einem unerhörten Vorgehen in einer sehr sensiblen Frage.

Klubobmann LAbg Ing. SVOBODA (SPÖ) erklärte, daß der Antrag durch ein Mißverständnis den beiden anderen Parteien nicht zugegangen sei. Er beantragte die Zuweisung an den Gemeinderatsausschuß.

StR Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) erklärte, daß die FPÖ dieser Vorgangsweise zustimmen werde.

ABSTIMMUNG: Der Beschlußantrag wurde einstimmig dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen.

Neuregelung der „Verpächterhaftung“

Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR beantragte eine Änderung des Getränkesteuergesetzes 1971, des Gefrorenensteuergesetzes 1983 und des Vergnügungssteuergesetzes 1987. Da der Verfassungsgerichtshof die dort enthaltene Regelung der „Verpächterhaftung“ als verfassungswidrig bezeichnet hatte, wurden entsprechende Gesetzesänderungen nötig. Mayr berichtete, daß man bei der Ausarbeitung des Gesetzes Vorschläge der Wiener Handelskammer berücksichtigt habe.

LAbg Dr. WÖBER (ÖVP) kritisierte, daß in letzter Zeit häufig solche „Gesetzesreparaturen“ wegen Verfassungswidrigkeit nötig geworden seien. Auch bezüglich der heute vorliegenden Novelle habe er Bedenken, da der darin enthaltene Begriff des „vergleichbaren Betriebes“ seiner Ansicht nach verfassungsrechtlich problematisch sei. Er schlug vor, das Gesetz an die Fachabteilungen der Wiener Finanzverwaltung zwecks Verbesserung zurückzuweisen.

Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR erklärte, daß er durchaus bereit gewesen sei, Vorschläge in die Neufassung des Gesetzes einzuarbeiten. Leider habe die Wiener Handelskammer zu dem von Dr. Wöber erwähnten Punkt keinen positiven Vorschlag machen können. Da er ein Zurückverweisen für nicht sinnvoll halte, empfehle er die Annahme des Gesetzes.

ABSTIMMUNG: Die Gesetzesnovelle wurde in 1. und 2. Lesung mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ angenommen.

Forts. von Blatt 1454

Forts. auf Blatt 1456

Naturschutzbericht 1988

StR. Dr. HÄUPL (SPÖ) legte den Naturschutzbericht 1988 vor, der sich in einen wissenschaftlichen Bereich, die Sachverständigentätigkeit, den Managementbereich, Fachplanung, Legistik und Behördenverfahren sowie Öffentlichkeitsarbeit gliedert. Häupl stellte ergänzend fest, daß Wien einen Staatsvertrag mit Niederösterreich anstrebe, mit dem der Nationalpark Ost geregelt werden soll. Wien will dazu die geschützten Teile der Lobau einbringen.

LAbg Mag. KABAS (FPÖ) monierte eine Personalaufstockung für die städtischen Umweltaufteilung, weil diese nicht ausreichend ausgestattet sei, um ihren umfangreichen und wichtigen Aufgaben nachzukommen. Der Wienerwald sei ein Schwerpunkt des Berichtes, worin auf alarmierendes Eichensterben und Zersiedelung hingewiesen wird. Zu hoher Wildbestand gefährde den Wald zusätzlich. Auf eine Reduzierung sollte Augenmerk gelenkt werden. Kabas vermißt im Bericht eine Auflistung der Maßnahmen, die gegen das Waldsterben unternommen werden. Hinsichtlich des Nachrüstkatalysators solle Wien beim Bund zugunsten einer früheren Senkung der Luxussteuer intervenieren. Eine gesetzliche Verpflichtung für den Nachrüstkat sollte geschaffen werden. Bis dahin soll die Stadt Wien Umrüstwillige fördern. Notwendig wären auch Maßnahmen gegen die Taubenplage. Kabas will sanfter Methoden den Vorzug geben.

LAbg Dr. HAWLIK (ÖVP) sagte, daß seine Fraktion statt eines Naturschutzberichtes einen Problembereich zur Lage der Natur verlange. Statt Lobhudelei solle der Bericht Prioritäten aufzeigen und diese mit erzielten Erfolge vergleichen sowie Kontinuitäten bei den Problemlösungen aufzeigen. Auch Hawlik bemängelte einen Personalnotstand bei der Umweltschutzabteilung, der sich unter anderem auch darin manifestiere, daß bei der Verhandlung über die Schmelzverbauung kein Vertreter anwesend war, der ein Umweltveto hätte einlegen können. Hawlik verlangte auch eine Gesamtschau der Umwelthanliegen, die derzeit in verschiedenen Gremien behandelt werden. Dieser Bericht sollte problemorientiert sein.

LAbg STOCKINGER (SPÖ) würdigte die aufwendig erstellte und im Bericht enthaltene Biotopkartierung und betonte den Wert von Äckern und Wiesen für Naturschutz und Erholung in der Stadt. Den Vorwurf „von Lob und Hudel“ (Hawlik) wies Stockinger zurück. Renommiertere Institutionen hätten an dem Bericht mitgewirkt. Im Zusammenhang mit der Sachverständigentätigkeit der Umweltschutzabteilung unterstrich Stockinger, daß es notwendig sei, bei der Erfüllung von Wünschen nach Umwandlung von Kleingärten in Gartensiedlungen mit großer Vorsicht vorzugehen. Die Fachplanung der Umweltschutzabteilung habe sich mit neuen Landschaftsschutzgebieten in Döbling und Liesing befaßt. Für Döbling werde der Antrag in einer der nächsten Landtagssitzungen vorgelegt.

In seinem Schlußwort wies Stadtrat Häupl den Vorwurf zurück, es handle sich um einen Beschönigungsbericht. Die Gestaltung des Berichtes entspreche der im Naturschutzbeirat vereinbarten Form. Experten hätten ihm, Häupl, erläutert, daß weder Nationalpark noch Bannwald-Erklärung das Mittel der Wahl für den Schutz des Wienerwaldes seien. Eher sollte man den Weg wie beim Schutz des Hörndlwaldes gehen. Auch die Reduzierung des Wildbestandes bringe keine raschen, durchgreifenden Erfolge. Die Natur habe andere Zeitdimensionen als Rechnungsabschlüsse oder Finanzjahre. Maßnahmen, die heute gesetzt werden, zeitigen — beispielsweise bei den Eichen im Hörndlwald — erst in 60 bis 80 Jahren Wirkung und liegen damit außerhalb des für uns erfaßbaren Zeitraumes. Bei Maßnahmen gegen die Taubenplage müsse man die Vorschläge der Experten mit der Politikerverträglichkeit in Kongruenz bringen. Er erhalte zu diesem Thema zehnmal mehr Briefe als zur Müllverbrennung.

ABSTIMMUNG: Der Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Forts. von Blatt 1455

Forts. auf Blatt 1457

Novelle zum Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetz

StR EDLINGER (SPÖ) beantragte eine Novellierung des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes. Sie soll eine Besserstellung von Mehrkinder- und Jungfamilien bei den Eigenmittlersatzdarlehen bringen. Außerdem soll bei Wohnhaussanierungen, für die Förderungsempfehlungen vor dem 1. Juli 1988 abgegeben wurden, noch nach der alten Verordnung vorgegangen werden.

ABSTIMMUNG: In 1. und 2. Lesung einstimmig angenommen.

Dringlicher Antrag

Landtagsabgeordneter Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) stellte einen dringlichen Antrag, wonach der Wiener Landtag die Bundesregierung auffordern solle, sofortige Maßnahmen zur Sicherung eines fairen Wettbewerbes bei der Bebauung des Nordbahnhof-Areals zu setzen. Hirnschall begründete dies mit der Existenz eines Grundbenützungsbereinkommens der ÖBB mit einer Unternehmensgruppe Projekta, das der Projekta weitgehende Rechte bei der künftigen Verwertung des Geländes zusichere. Einen ähnlichen Vertrag gebe es auch für den Aspangbahnhof. Da das Gelände des Nordbahnhofes große Bedeutung für die EXPO 95 habe und unter solchen Bedingungen kein freier Wettbewerb möglich sei, verlange seine Fraktion die dringliche Behandlung des Antrags.

Der Landtag erkannte dem Antrag **EINSTIMMIG** die Dringlichkeit zu.

An der Projekta seien zu je einem Drittel die EKAZENT-Realitäten, Infra- und Konstruktiva beteiligt, leitete Hirnschall seinen Debattenbeitrag ein. Die Konstruktiva sei in den zehn Jahren des Bestehens des Vertrages nur zweimal aktiv geworden und zwar in bezug auf Vertragsabschlüsse, was die Nutzungsrechte des Nordbahnhofes und Aspangbahnhof-Geländes betreffe. Im April 1989 sei nun dieser 10-Jahres-Vertrag abgelaufen und laut Vertragspunkt 12 habe die ÖBB nun die Möglichkeit, vom Vertrag mit der Projekta zurückzutreten. Der Wiener Landtag solle aufgrund der Tragweite dieses Übereinkommens, des Spekulationsverdachtes und der einen Wettbewerb verhindernden Monopolstellung der Projekta die ÖBB dazu veranlassen. Darüber hinaus solle der Rechnungshof, schloß Hirnschall, das Zustandekommen dieses Vertrages überprüfen.

Sowohl die Vertreter des FPÖ-Klubs im Nationalrat als auch der FPÖ-Vertreter in der Wiener Holding, der die EKAZENT angehöre, hätten diesem Vertrag und dem Verkauf eines Teils des betroffenen Areals an die IBM zugestimmt, sagte LAbg Dr. Peter MAYR (ÖVP). Die drei in der Projekta zusammengefaßten Firmen hätten ausreichende fachliche Erfahrung. Die Projekta habe unentgeltliche Tätigkeiten für die ÖBB geleistet, die in Planungsarbeiten und der Absiedlung der auf dem betreffenden Areal angesiedelten Firmen bestanden haben. Darüber hinaus habe die Projekta für das Areal Interessenten gesucht und den Verkauf von 11.000 Quadratmeter an die IBM, dessen Erlös zur Gänze der ÖBB zugeflossen sei, getätigt. Im Juli 1988, sagte Mayr, hätten die Vertragspartner vereinbart, von der Rücktrittsmöglichkeit keinen Gebrauch zu machen. Darüber hinaus habe der Wiener Gemeinderat eine Bausperre über jenes Gelände verhängt, das eine allfällige Erweiterung des EXPO-Geländes betreffe. Es sei aber richtig, daß die Projekta im Ausgleich zu ihren unentgeltlichen Tätigkeiten eine Beteiligung an Bauvorhaben und Architektenleistungen verlangt habe. Die Firma IBM habe diese Bedingung akzeptiert. Mayr schlug eine Zuweisung des dringlichen Antrags an den Planungstadtrat vor.

Es sei falsch, daß die Projekta in zehn Jahren nicht tätig geworden sei, sagte StR Dr. SWOBODA (SPÖ), so habe sie z.B. Verhandlungen mit Interessenten geführt. Der Vertrag der ÖBB mit der Projekta beziehe sich auf einen weniger als 200 Meter breiten Streifen entlang der Lassallestraße. Jenes Gebiet des Nordbahnhof-Areals, für das die Stadt Wien bzw. der

Forts. von Blatt 1456

Forts. auf Blatt 1458

Forts. von Blatt 1457

Wirtschaftsförderungsfonds ein Kaufangebot gelegt hätten, sei nicht betroffen. Swoboda stellte fest, daß für jenes Gebiet, das die Stadt Wien für die EXPO 95 interessiere, keine Vorbelastungen und Bedingungen durch diesen Vertrag bestehen. Grundsätzlich sei er aber, sagte Swoboda, gegen eine Vorgangsweise, bei der, durch Abschluß eines derartigen Vertrages, mit dem Kauf eines Geländes eine Baufirma und die Architektenleistung mitgeliefert werden.

Der Stadt Wien, sagte LAbg PRINZ (FPÖ), könne nicht gleichgültig sein, was mit dem Areal geschehe, das hinter diesem 200 Meter breitem Streifen liege, zumal einer der Vertragspunkte auch die Errichtung von Ersatzbauten vorsehe. Die 125.000 Quadratmeter, die der Vertrag der ÖBB mit der Projekta betreffe, repräsentierten ein Bauvolumen von rund drei Milliarden Schilling.

Er sehe die Interessen der Privatwirtschaft nicht gefährdet, sagte StR. NEUSSER (ÖVP), zumal der Nationalrat diesen Vertrag mit den Stimmen der FPÖ gutgeheißen habe. Auch in der Holding hätte der FPÖ-Vertreter zugestimmt. Firmen der Projekta seien bereits beim Bau des Franz-Josefs-Bahnhofs tätig gewesen und verfügten deshalb über ausreichende Erfahrungen. Darüber hinaus hätte die Projekta Vorleistungen — zum Beispiel die Absiedlung einzelner Mieter des Areals — zu erbringen und dafür Kosten von rund 13 Millionen Schilling getragen. Es sei legitim, sagte Neusser, daß die Projekta dafür Gegenleistungen vereinbart habe.

LABg Ing. SVOBODA (SPÖ) sprach sich für die Zuweisung des Antrages aus, um die Frage der Koppelung von Grundstücksangeboten mit Architektenleistungen grundsätzlich zu diskutieren und möglicherweise eine gemeinsame Vorgangsweise zu finden. Zur Klarstellung betonte er, daß die Stadt Wien keine Kaufabsicht für den Streifen an der Lassallestraße habe, sondern nur für jene Flächen des Nordbahnhofes, für die es keine Vorabsprachen gebe. Es wurde daher auch eine Bausperre verhängt, um die Planung sicherstellen zu können.

StR Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) betonte, daß das Vertragswerk der FPÖ in vollem Umfang erst letzte Woche bekanntgeworden sei.

ABSTIMMUNG: Der dringliche Antrag wurde dem amtsführenden Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal zugewiesen.

Der Landtag schloß seine Sitzung um 13.35 Uhr.

Schirmer: Erfolgreiche Ernährungsberatung

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) In der Berichterstattung über den Debattenbeitrag von Stadträtin Christine SCHIRMER in der Rechnungsabschlußdebatte des Gemeinderates am 29. Juni unterlief uns eine mißverständliche Formulierung. Stadträtin Schirmer wies tatsächlich auf den großen Erfolg der **Beratungsstelle für Lebensmittelhygiene und natürliche Ernährung, Tel. 78 74 17** hin, die im Rahmen der Dezentralisierung des Konsumententelefonats eingerichtet wurde.

Berichtigung „rk“ vom 29. Juni 1989 - Gemeinderat: Gesundheits- und Spitalswesen

Auf den „rk“-Blättern Nr. 1433/1434 vom 29. Juni muß es in der letzten Zeile auf Blatt 1433 bzw. in der ersten Zeile Blatt 1434 richtig heißen: ... Ein besonderes Problem stelle die Personalfrage in den Krankenhäusern (irrtümlich: Pflegeheimen) dar. ...

(Schluß) red/gg

Floridsdorfer Brücke erhält neuen Straßenbelag

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Die Floridsdorfer Brücke, sie liegt übrigens bei den meistbefahrenen Straßenzügen ganz Österreichs an elfter Stelle, erhält erstmals seit der Verkehrsfreigabe im Oktober 1978 einen neuen Straßenbelag. Das Bauvorhaben umfaßt die Abtragung und Neuherstellung der Fahrbahnverschleißschicht vom Friedrich-Engels-Platz bis zur A 22/Donauufer Autobahn sowie die Herstellung eines hochstandfesten Belagsunterbaues auf der Rampe Friedrich-Engels-Platz und ist mit Kosten von 13,5 Millionen Schilling veranschlagt. Daneben erfolgen Gleisbauarbeiten der Wiener Verkehrsbetriebe. Die umfangreichen Bauarbeiten, die kommenden Montag, 3. Juli, um 6 Uhr früh beginnen werden, machen auch entsprechende Verkehrsmaßnahmen in den einzelnen Bauphasen erforderlich.

- In der Bauphase 1 von 3. Juli bis 14. Juli wird die stromabwärts liegende Brückenhälfte gesperrt; der Verkehr in Richtung 21. Bezirk wird auf die Gegenfahrbahn umgeleitet. Zugleich wird eine Gleisumschichtung durch die Wiener Verkehrsbetriebe durchgeführt.
- In der Bauphase 2 von 15. Juli bis voraussichtlich 25. Juli wird die stromaufwärts liegende Brückenhälfte gesperrt; der Verkehr in Richtung 20. Bezirk wird auf die Gegenfahrbahn umgeleitet. Während dieser Bauphase ist für den Individualverkehr eine Abfahrt zur Donauinsel nicht möglich. Es kann lediglich eine provisorische Zu- und Abfahrt für Einsatzfahrzeuge und den Lieferverkehr aufrecht erhalten werden.
- In der Bauphase 3, die voraussichtlich Mitte August beendet wird, erfolgen die Belagsarbeiten auf dem Plateau über der A 22/Donauufer Autobahn. Hier wird während eines Zeitraumes von 12. August, 3 Uhr früh, bis 14. August, 5 Uhr früh, eine komplette Verkehrssperre notwendig sein.

(Schluß) pz/rr

Wien ist anders: Literatur am Buckel

Wien, 30.6. (RK-KULTUR/LOKAL) Wien ist anders — und das kann man neuerdings auch merken, wenn man Passanten auf den Rücken schaut: Freitag nachmittag wurden in der Inneren Stadt T-Shirts vorgestellt, auf denen Literaten ihre eigenen Gedanken über Wien niedergeschrieben haben. An der Präsentation nahm auch Bürgermeister Dr. Helmut ZILK teil.

Das Produkt, das von den Brüdern Georg und Michael KHOSS sowie von „Freiraum“ entworfen worden war, wurde auf den Namen LIAB (=Literatur am Buckel) getauft. Es wurde beschlossen, sowohl Texte bekannter, bereits verstorbener Autoren (Konrad BAYER, Karl KRAUS, Ingeborg BACHMANN und Alexander LERNET-HOLENIA) sowie fünf Werke mit Gegenwartsliteratur zu berücksichtigen. Zu diesem Zweck wurde ein eigener Literatur-Wettbewerb ausgeschrieben.

Insgesamt wurden 3.500 Arbeiten eingeschickt, von denen die Jury, bestehend als Alfred TREIBER (ORF), Raoul BLAHATSCHEK (Kulturabteilung der Stadt Wien), Helmut SCHRETTTER (Werbeagentur Schretter & Comp) und Werner URBANEK (Wiener Festwochen, Neue Kronenzeitung), die Qual der Wahl hatten.

Die Auswahl fiel auf Werke von Uwe BOLIUS, Andreas FINDIG, Gerald Albin RÖDLER, Gerald JATZEK und Gerhard RUISS.

Die T-Shirts sind in den Farben weiß, schwarz, gelb und eisgrün zum Preis von 298 Schilling bei der Firma Schöps und im Buchhandel erhältlich. Die 1. Auflage beträgt 30.000 Stück. Für die Stadt Wien kostet diese Werbung nicht nur kein Geld — sie bringt ihr sogar anteilige Einnahmen. (Schluß)
ull/rr

Wiener Gemeinderat

Bildung, Jugend, Familie und Soziales

Wien, 30.6. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat setzte im Anschluß an die Landtagssitzung die Debatte über den Rechnungsabschluß fort.

Der Aufwand für die Haussuche für die Aegidi/Spalo-Leute sei enorm, sagte GR. Karin LANDAUER (FPÖ). Allerdings wurden bisher alle Angebote abgelehnt, weil sie zu klein seien. Vergangene Woche wurde die ARGE Wohnplätze für Bürger in Not gegründet, die Nichtseßhafte mit Wohnungen versorgen soll. Landauer regte an, die von den Aegidi-Leuten abgelehnten Häuser für Nichtseßhafte zu verwenden. Da viele Sozialarbeiter den Belastungen ihres Berufes nicht gewachsen seien und deshalb aussteigen wollen, ist nach Meinung von Landauer unbedingt ein zweiter Sozialarbeiter für die Meldemannstraße notwendig, wo mehr als 450 Nichtseßhafte von einem einzigen Sozialarbeiter betreut werden. Zu den „Kindern vom Karlsplatz“ sagte die Gemeinderätin, jetzt arbeiteten schon vier Streetworker dort, die aber nicht zu sehen seien. Dafür könne man jederzeit Zeuge eines Deals werden, auch lägen überall gebrauchte Injektionsnadeln herum. Landauer stellte in diesem Zusammenhang die Frage, was geschehe, wenn ein Kind sich mit einer dieser gebrauchten Nadeln verletze, die zu 80 Prozent HIV-verseucht seien. Landauer forderte daher, nicht die Süchtigen zu strafen, sondern den Dealern das Handwerk zu legen, gegen die Dealer werde nicht entschieden genug vorgegangen.

GR Maria RAUCH-KALLAT (ÖVP) bemängelte die Zusammenarbeit der Fraktionen im Sozialressort, ebenso die fehlende Planung. Jetzt sei ein rascher Ausbau der ambulanten Dienste wie etwa der Hauskrankenpflege für die älteren Menschen erforderlich. Ebenso müßten Genesungspflege, Heimhilfe und Notruftelefon ausgebaut und im Sozialbereich generell auch Privatinitiative genützt werden. Im Bereich der Behinderten sei bereits sehr viel geschehen, dennoch müßte das Bewußtsein der Öffentlichkeit für die Probleme der Behinderten gestärkt werden. Im Hinblick auf die Weltausstellung sollten vor allem Erleichterungen bei der Benützung öffentlicher Verkehrsmittel geschaffen werden. Ferner sei es notwendig, dem neuen Problem der AIDS-Kinder Beachtung zu schenken. Das Methadon-Programm zur Suchtgifttherapie sei auszubauen, den Nichtseßhaften sei neue Lebensfähigkeit beizubringen. Flüchtlinge sollten unbürokratisch eingebürgert werden. Sie brachte einen ANTRAG ein, wonach durch einen jährlichen schriftlichen Bericht ausreichende Informationen zur Frauenfrage durch die Geschäftsgruppe Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst zur Verfügung zu stellen sind.

GR Hans KÖNIG (SPÖ) bezeichnete die staatliche Garantie der sozialen Sicherheit als eine große Errungenschaft der Arbeiterbewegung, die grundsätzlich nicht in Frage gestellt werden dürfe. Er warnte vor falsch verstandener „Entstaatlichung“ im Sozialbereich und sprach sich für eine bessere Koordination der einzelnen Maßnahmen aus. Neben der Risikobegrenzung sei vor allem die Vorbeugung zu intensivieren. König begrüßte die Diskussion zum Sozialhirtenbrief in der katholischen Kirche und bezeichnete sie als große Hoffnung. Weiters verwies er auf die Arbeitssituation behinderter Menschen und begrüßte die Einstellung von zusätzlich 122 behinderten Mitarbeitern in den Dienst der Stadt Wien. Außerdem seien allein im Vorjahr 174 Plätze für Beschäftigungstherapie geschaffen worden. König richtete einen Appell an die Wirtschaft, anstelle von Behindertenaktionen zur Adventzeit lieber mehr Behinderte einzustellen. Um dieses Ziel zu erreichen, werde er im kommenden Herbst bei zahlreichen Veranstaltungen vor Managern zu diesem Thema sprechen.

„Kinder sind Behinderte in der für den Erwachsenenalltag zugeschnittenen Welt“, formulierte GR Dr. Gerda WINKLBAUER (ÖVP). Kindern müsse

die Möglichkeit gegeben werden, den Lebensraum lustvoll zu durchdringen und die Welt zu erforschen. Jede Großstadt, auch Wien, sei kinderfeindlich. Der Mangel an Lebensraum führe zu Neurosen und Störungen der sozialen Entwicklung. Kritik übte Winklbauer an Zustand und Ausstattung der Kinderspielplätze, die Erlebnis und unterschiedliche Spielräume bieten sollten. Es fehle an einer geeigneten Abgrenzung zum Straßenraum und oft an Trinkwasser, vielfach gebe es auch gefährliche Spielgeräte. Spielplätze sollten in der Bauordnung verankert sein, wie dies in Nieder- und Oberösterreich der Fall sei. Bei der Planung und Gestaltung von Spielplätzen sollen Kinder, Eltern und Psychologen einbezogen werden. Derzeit erinnerten viele Spielgeräte an Laufräder für Hamster. Spielplätze könnten nach Meinung von Dr. Winklbauer auch zu Erholungsinseln für Erwachsene und alte Menschen, zu Orten der Kommunikation werden. Wichtig wäre es jedenfalls, eigene Bereiche für die Hunde zu schaffen — Hunde produzieren in Wien täglich 16 Tonnen Exkrememente. Größere Spielplätze sollten wenigstens zeitweilig durch pädagogisch geschulte Personen betreut werden. Unsere Aufgabe sollte es sein, fügte die Gemeinderätin hinzu, eine kinderfreundliche Umwelt zu schaffen. Dazu gehöre auch die Förderung der Familien und das Verständnis für die Bedürfnisse der berufstätigen Mütter sowie der Mütter mit kleinen Kindern.

Im Sinne der Kinder- und Familienfreundlichkeit, sagte GR Erika STUBENVOLL (SPÖ), sei wesentliche Erziehungsarbeit in der Bevölkerung zu leisten. Man habe zwar große Fortschritte gemacht, und auch die Philosophie habe sich geändert, wie das Beispiel der Robinsonspielplätze zeige, man müsse aber auch die natürlichen Freiräume des Kindes schützen und erweitern. Stubenvoll forderte die ÖVP auf, mehr private Hausbesitzer zur Öffnung von Innenhöfen zu motivieren, die als Spielplätze gestaltet und mit Spielmöglichkeiten ausgestattet werden könnten.

Es sei ihm bewußt, sagte GR Mag. Dr. SALCHER (ÖVP), daß Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL (SP) eingeschränkte Kompetenzen im Bildungsbereich habe, die Problematik des Hauptschulsterbens und des gesamten Pflichtschulwesens erfordere aber neue Initiativen und vehementen Einsatz zur Verbesserung der Situation. So seien von 105 Hauptschulen 37 vom Zusperrern bedroht, und manche Hauptschulen müßten ohne ihren Ausländeranteil von über 40 Prozent ebenfalls zusperrern. Die ÖVP setze sich vorbehaltlos für die Integration ausländischer Kinder ein, sagte Salcher, fordere aber einen Förderungsunterricht für Deutsch und die Kulturtechniken, um nicht österreichische Kinder in ausländische Klassen integrieren zu müssen. Die Hauptschule brauche neue klare Unterrichtsziele, eine Verbesserung ihres Images, müsse stärker praxis- und berufsorientiert arbeiten und attraktive Perspektiven vermitteln und zu mehr Selbständigkeit erziehen. Schulen sollten mehr Autonomie erhalten, Direktoren — als Schulmanager — das Profil ihrer Schule wesentlich mitgestalten. Auch eine Spezialisierung der Schulen auf bestimmte Themenbereiche, wie bei der Öko-Hauptschule im 23. Bezirk, sei sinnvoll. Salcher stellte den ANTRAG, einen Öko-Wandertag für Pflichtschulen einzuführen.

Mit Objektivierung der Postenvergabe im öffentlichen Dienst, vor allem bei den Schulleitern, beschäftigte sich GR GINTERSDORFER (FPÖ) in seiner Wortmeldung. Es seien schon eineinhalb Jahre vergangen, seit der Bürgermeister an den Stadtschulrat bezüglich der Besetzung von Leiterposten geschrieben habe. Ergebnisse lägen bis dato keine vor. Seiner Meinung nach fehle es für eine objektive Postenvergabe vor allem an klar definierten Erennungserfordernissen, um einen objektiven Vergleich zu gewährleisten. Zur Schul- und Bildungssituation konstatierte GR Gintersdorfer das neue Schlagwort von der Regionalisierung der Bildungspolitik. Die Verlagerung von Kompetenzen des Bundes auf die Länder allein löse keine Probleme, sondern schaffe auch neue, vor allem bei der Finanzierung. Er trete daher für mehr Entbürokratisierung der Schule und die Stär-

Forts. von Blatt 1462

Forts. auf Blatt 1464

Forts. von Blatt 1463

kung der Autonomie der einzelnen Schulen ein. Dies würde auch dazu motivieren, mehr Einsatz zu zeigen, und wäre somit ein Kernstück einer zukunftsorientierten Schulpolitik.

Er sei seit beinahe 30 Jahren im Schuldienst tätig und habe während der Debatte geglaubt, im falschen Saal zu sitzen, sagte GR STEINBACH (SPÖ). Was zur Hauptschule gesagt worden sei, sei in vielen Fällen unrichtig: vor allem die Behauptung der ÖVP, die SPÖ trage am Hauptschulsterben Schuld. Die ÖVP sei früher und sei auch noch heute für die elitäre Schule. In Wirklichkeit lägen die Ursachen teilweise bei beiden Parteien, aber auch am Statusdenken der Eltern sowie am hohen Anteil an Gastarbeiterkindern.

Steinbach sprach sich für ein Konzept der Berufsschulen aus, das theoretische Kenntnis, betriebliche Ausbildung und Allgemeinbildung forciert. Als Beispiel nannte er das Erlernen der englischen Sprache. Während es in anderen Ländern selbstverständlich sei, daß etwa Schaffner in öffentlichen Verkehrsmitteln der englischen Sprache kundig sind, könne man das in Wien nicht behaupten. Es gebe zwar ein Konzept „Neue Bahn“, er vermisse aber ein Konzept „Neue Bildung“.

GR Dr. PETRIK (ÖVP) lobte die sehr sachliche Bildungsdebatte. Der breite Konsens in der Schulpolitik zwischen den großen Parteien bedürfe aber neuer Anregungen. In der Wiener Hauptschulfrage müsse der Unterschied zwischen einer Stadt- und einer Landhauptschule und müßten auch unterschiedliche regionale Bedürfnisse zu einer unterschiedlichen Behandlung durch die Schulpolitik des Bundes führen. Überdies dürfe gerade diese Debatte nicht auf rein ideologischer Ebene geführt werden. Das Ziel müsse sein, ein Maximum an Begabungen zu fördern, aber auch eine Diskussion etwa über den Begriff der Allgemeinbildung einzuleiten. In der Frage der Berufsschulen müsse der qualifizierten Ausbildung großes Augenmerk geschenkt werden. Er trete für eine branchenweise Berufsschulzeiterweiterung ein, sagte Petrik. Das Problem der Objektivierung in der Personalpolitik sei noch nicht befriedigend gelöst. Zur Erstellung eines exakten Anforderungsprofils wäre eventuell auch ein Personalbüro beizuziehen. Die Auswahl von Lehrern für leitende Funktionen dürfe aber nicht dazu führen, daß die politische Zugehörigkeit ein Ausschlußgrund wird. Es dürften, so Petrik, „schlechter Qualifizierte nicht bevorzugt werden, weil sie KEIN Parteibuch haben“. Petrik stellte eine Bestellung von Schulleitern auf Zeit zur Diskussion.

GR Margarete DUMSER (SPÖ) stellte fest, daß man bei der Schulreform die Erwartungen der Eltern und der Gesellschaft stärker berücksichtigen müsse. Eine Schulreform sei nicht von einer Veränderung der Lehrerausbildung zu trennen. Sie warnte davor, schulpolitische Maßnahmen an den Einzelinteressen bestimmter Interessensvertretungen zu orientieren. Zur Frage einer kinderfreundlichen Stadt meinte sie, daß Erwachsene ihre Egoismen zurückstecken müßten, um den Kindern in unserer Stadt das Leben lebenswert zu machen.

StR Christine SCHIRMER (SPÖ) ergänzte aufgrund einer Kritik der Opposition ihren Beitrag zur Rechnungsabschlußdebatte über das Ressort Konsumentenschutz, Frauenfragen, Recht und Bürgerdienst. Sie gab bekannt, der derzeit der Entwurf einer Spielplatzverordnung im Begutachtungsverfahren sei, in dem wichtige Richtlinien über die Gestaltung von Spielplätzen enthalten sind. Spielplätze sollen auch nach pädagogischen Gesichtspunkten ausgestattet sein. Konfliktpunkte zwischen spielenden Kindern und Hunden sollen beseitigt werden. Die Frauenservicestelle in ihrem Ressort sei sehr aktiv und werde jetzt auch um eine juristisch geschulte Sozialarbeiterin erweitert. In der Wiener Stadtverwaltung gebe es kaum Bereiche, in denen Frauen benachteiligt sind. Es sei jedoch schwierig, Spitzenpositionen mit Frauen zu besetzen, weil es fast keine geeigneten Bewerberinnen gebe. Ein von ihr initiiertes Verein, der Familien oder

Forts. auf Blatt 1465

Frauen helfen soll, die durch Kredite in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, scheitere bisher an der Weigerung der Banken, sich an einem neuzuschaffenden Garantiefonds zu beteiligen. Darüber sei sie sehr enttäuscht, sagte StR Schirmer.

Man habe im Sozialbereich, sagte Vizebürgermeisterin Ingrid SMEJKAL (SPÖ), die Basis wesentlich erweitert, denn Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik könne nicht eingegrenzt werden. Es gehe aber nicht nur darum, Maßnahmen zu setzen und aktiv Hilfe zu leisten, sondern auch Meinungen zu bilden und ein Klima der Toleranz und der Kooperationsbereitschaft zu schaffen. So sei vor allem im Bereich der Randgruppen vieles verbessert worden, wie z. B. im Behinderten- und Nichtseßhaftenbereich, was nun andere Bundesländer — von Wien animiert — ebenfalls beginnen. Es gebe nun auch Kontaktpersonen in den Bundesländern, um das Problem der aus den Bundesländern nach Wien abgängigen Jugendlichen zu bewältigen. Zum Karlsplatz sagte Smejkal, man werde in Kürze eine Therapiewohnungsgemeinschaft für suchtmittelabhängige Jugendliche in Betrieb nehmen und könne damit eine sachgemäße Behandlung sicherstellen. Nach Verhandlungen mit der Polizei wurden am Karlsplatz verstärkt Kontaktbeamte eingesetzt. Eine endgültige „Lösung“ des Problems könne es, da es sich um ein gesamtgesellschaftliches handle, aber nicht geben. Zur Hauskrankenpflege sagte Smejkal, daß österreichweit über diese Problematik diskutiert und vor allem die Finanzierung sichergestellt werden müsse.

Verkehr und Energie

GR ZEIHSEL (FPÖ) bemängelte fehlende Attraktivierungsmaßnahmen im öffentlichen Verkehr. Auch der Rückbau und die Verkehrsberuhigung erfolgen zu zögernd. So verlasse man sich in Wien zu sehr auf die U-Bahn, während Bus und Tram vernachlässigt werden. Park-and-Ride-Möglichkeiten wie auch innerstädtische Parkgaragen werden immer wieder angesprochen, allerdings nicht realisiert. Nur wenn ein Rad in das andere greife, könne das Verkehrsgeschehen zur Zufriedenheit aller erfolgen.

Eine Verlängerung der A 21 zur Schließung der Lücke zwischen A 2 und A 4 verlangte GR Dipl.-Ing. Dr. Herlinde ROTHAUER (ÖVP). Der Bau von Hochleistungsstraßen ermögliche nämlich die Verbesserung der Umwelt, vor allem im dichtverbauten Stadtgebiet. Zur Verbesserung des bestehenden Netzes brachte die Gemeinderätin den ANTRAG ein, im Verteilerkreis Favoriten automatische Signalanlagen aufzustellen, die Stauungen auf der Tangente anzeigen, sodaß die Autofahrer bereits im Verteilerkreis eine andere Route wählen können. Vehement wandte sich Rothauer gegen die „unverständliche“ Planung des Margaretentunnels mit Gesamtkosten von mehr als zwei Milliarden Schilling, während die wesentlich kostengünstigere Europaplatz-Untertunnelung von der Rathausmehrheit abgelehnt werde. Auch sprach sich Rothauer für die Erhaltung der Linie 8 nach Inbetriebnahme der U 6 aus. Sie brachte einen ANTRAG ein, in einer Volksbefragung die Bevölkerung der Anrainerbezirke zu befragen, ob die Linie 8 eingestellt werden solle. Eine Reihe von Infrastrukturmaßnahmen wäre zur Bewältigung und Attraktivierung der Weltausstellung notwendig. Als dringlichstes Problem nannte Rothauer die Abstellplätze für Reisebusse.

GR MENTSCHIK (SPÖ) berichtete eingangs, es habe eine Vielzahl von Verbesserungen im Verkehrsbereich gegeben, und es seien zahlreiche Maßnahmen gesetzt worden, die zu einer Reduzierung der Lärmbelastungen geführt haben.

Wie Studien deutlich zeigen, sei in der Bevölkerung ein ständig steigendes Interesse an einem städtischen Fahrradverkehr festzustellen. Daher sei es erfreulich, daß Wien bereits über 274 Radwegkilometer verfüge und sich auf dem besten Weg zu einer „Rad-Stadt“ befinde. Heuer soll das Wiener Radwegenetz um weitere 50 Kilometer ausgebaut werden.

Forts. von Blatt 1464

Forts. auf Blatt 1466

Für den U-Bahn-Bau, sagte Mentschik, sei 1988 ein äußerst erfolgreiches Jahr gewesen. Alle Termine konnten eingehalten werden, und die Kosten hielten sich im Rahmen. Mit der Eröffnung der U 6 auf der Strecke Heiligenstadt — Philadelphiabrücke am 7. Oktober wird der Bevölkerung eine wichtige Nord-Süd-Verbindung angeboten. Die neue U-Bahn-Linie sollte viele Wienerinnen und Wiener ermuntern, vom Auto auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen.

StR HATZL (SPÖ) erklärte, daß der U-Bahn-Bau ein Schwerpunkt der Verkehrspolitik sei. Anfang April wurde der Startschuß für die U 3 weiter in Richtung Westen gegeben, im 3. Bezirk sei man bereits bei der Oberflächengestaltung. Die der Bevölkerung versprochenen Termine wurden eingehalten und im Bereich U 3 und U 6 Kosteneinsparungen von rund 1,5 Milliarden Schilling erreicht. Im Bereich des Oberflächenverkehrs wurde das Autobusnetz vergrößert und die Betriebszeiten vieler Linien erweitert. Im Bereich des Autoverkehrs werde in Zukunft mehr Geld für die Instandsetzung der Bundesstraßen notwendig sein als bisher. Mit der Anlage von fast 300 Kilometer Radwegen und 350 Radabstellanlagen sei Wien auf dem Weg in Richtung umweltschonender Verkehrspolitik. Die Bedeutung des öffentlichen Verkehrs müsse weiter wachsen, wengleich auch die Erfordernisse des Wirtschaftsverkehrs zu berücksichtigen sind. Es müsse rechtzeitig eine gemeinsame Lösung für eine zusätzliche Südostumfahrung gefunden werden, um eine Überlastung der Südosttangente und ein Ausweichen des Verkehrs in die Wohngebiete zu verhindern. Zur Einstellung der Linie „8“ stellte Hatzl fest, daß dadurch jährliche Betriebskosten von nahezu 100 Millionen Schilling eingespart werden. Auch im Wiental, in der Favoritner Straße und in der Kärntner Straße finde man ohne Straßenbahn das Auslangen. Hatzl stellte schließlich in Aussicht, daß ab Oktober kürzere Intervalle auf der Linie U 4 in Kraft treten werden.

Schlußwort Mayr und Abstimmung

Vizebürgermeister MAYR wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß er den politischen Auftrag erhalten habe, der Gesundheitspolitik absoluten Vorrang einzuräumen.

Von den 23 im Verlauf der Rechnungsabschlußdebatte eingebrachten Anträgen empfahl Mayr, 22 Anträge den zuständigen Ausschüssen zuzuweisen. Bei dem von der ÖVP gegen StR Stacher eingebrachten Mißtrauensantrag empfahl Mayr die Ablehnung.

ABSTIMMUNG: Der Rechnungsabschluß 1988 wurde mit Mehrheit angenommen. Der MISSTRAUENSANTRAG gegen StR Stacher wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt, die weiteren 22 Anträge den Ausschüssen zugewiesen.

Stadtwerke-Rechnungsabschluß

StR HATZL (SPÖ) legte den Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke vor. Er erinnerte daran, daß die Wiener Stadtwerke vor kurzem das 40jährige Bestehen in der gegenwärtigen Form begangen haben. In den vier Jahrzehnten ihres Bestandes haben sie sich zum größten kommunalen Betrieb Österreichs und zum sechstgrößten Unternehmen des Landes mit fast 20 Milliarden Schilling Umsatz entwickelt. Sie sind ein modernes Dienstleistungsunternehmen und ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Der Rechnungsabschluß 1988 ist, so Hatzl, geprägt durch steigende Kosten bei Personal und Betrieb, besonders durch Pensionsrückstellungen und Verteuerungen bei Investitionen und Erhaltung. Dazu komme eine erhöhte Steuerbelastung infolge der Vermögenssteuer für die E-Werke und Gaswerke. Der Abgang 1988 liegt bei 374 Millionen Schilling.

Die E-Werke verzeichnen einen Zuwachs von 3,4 Prozent bei den Energieabgaben und 16 Prozent Steigerung bei der Fernwärmelieferung. Bedeu-

Forts. von Blatt 1465

Forts. auf Blatt 1467

tende Umweltschutzinvestitionen erforderten 400 Millionen Schilling und brachten sehr hohe Reduzierungen bei den Schadstoffemissionen. Der Gewinn der E-Werke reichte jedoch nicht aus, um die Großinvestitionen zu finanzieren. Allein das Großkraftwerk Simmering erfordert insgesamt sieben Milliarden, davon allein eine Milliarde für Umweltschutzmaßnahmen. Die Gaswerke forcieren den Ausbau des Leitungsnetzes und führen heuer eine Großaktion zur Erweiterung des Kundenkreises gemeinsam mit Kreditinstituten durch. Auch die Verkehrsbetriebe haben sich in den Dienst des Umweltschutzes gestellt und den geregelten Katalysator bei den Autobusse eingeführt. Der Verlust der Verkehrsbetriebe erreicht 439 Millionen und ist damit höher als im Jahr zuvor.

Die Stadtwerke haben 1988 fast 3,2 Milliarden investiert, das sind um fast 400 Millionen mehr als 1987. Der Neubau des Lastverteilers sei eine wichtige, zukunftsweisende Investition. Das Kundendienstzentrum verzeichnete in den fünf Jahren seines Bestehens rund 800.000 Kundenkontakte, davon allein 150.000 beim Technischen Kundendienst. Auch das Fernwärmenetz wird weiter ausgebaut und versorgt derzeit fast 100.000 Wohnungen sowie zahlreiche Großabnehmer. Derzeit werde am Anschluß des Krankenhauses und Pflegeheimes Lainz sowie an der Fernwärmeleitung Penzing gearbeitet. Er hoffe, sagte Hatzl, daß sich der Bund im kommenden Jahr mehr für den Anschluß der eigenen Gebäude an die Fernwärme engagieren werde.

In Kürze werde ein neuer Stromtarif in Kraft treten. Es fehle nur mehr die formelle Entscheidung der Preisbehörde, um den modernsten Tarif wirksam werden zu lassen. Viele Energieversorgungsunternehmen aus dem Ausland haben dafür laut StR Hatzl Interesse gezeigt. Dieser Tarif sei auch für die Energiebezieher im Wiener Umland attraktiv, denn der grüne Umwelttarif sei ein Spartarif.

GR ZEIHSEL (FPÖ) erklärte, der Rechnungsabschluß stehe im Zeichen einer Verschlechterung der Erfolgsrechnung gegenüber dem Vorjahr. Das sei verwunderlich, da es eine Rohölverbilligung gegeben habe, die zu wenig an die Kunden weitergegeben wurde. Wenn der grüne Stromtarif 500 Millionen koste, die nun durch eine Straffung der Verwaltung hereingebracht werden sollen, sei zu fragen, warum dies nicht schon früher geschehen ist. Er erwarte mit Interesse die Auswirkungen kommender Einstandspreiserhöhungen auf den Stromtarif. Anerkennenswert ist laut Zeihsel die Reduzierung der Schadstoffemissionen. Es dürfe jedoch keinen Druck auf Bauherren bei der Wahl der jeweiligen Energieform, somit keinen Anschlußzwang an Fernwärmeleitungen geben. Als enttäuschend gering erachtet Zeihsel die Steigerungszahlen bei den Verkehrsbetrieben. Die Gewinne der E-Werke konnten die Verluste der anderen Teilunternehmen nicht ausgleichen.

Der Rechnungsabschluß zeige klar, wie Stadtwerke-interne Verschiebungen zum Schaden der Konsumenten vorgenommen worden seien, sagte GR STRATIL (ÖVP). Die Übernahme der Pensionskosten bei E- und Gaswerken, die in den vergangenen Jahren von der Hoheitsverwaltung geleistet worden sind, hätten die Bilanz der Stadtwerke stark belastet. Leidtragende seien dabei die Konsumenten, weil keine spürbare Entlastung bei den Tarifen eingetreten sei. Die Stadtwerke schröpften ihre Kunden aufgrund ihrer Monopolstellung, wo es nur gehe. Stratil brachte einen ANTRAG ein, die Anzahlungen, die im Rahmen der Jahresabrechnung verrechnet werden, ersatzlos zu streichen. Ein weiterer ANTRAG, den Stratil einbrachte, verlangt, daß die E-Werke die Anschaffung energiesparender bzw. -regelnder Geräte unterstützen sollen, denn, so schloß Stratil, Energiesparen habe mehr Sinn als Kraftwerke bauen.

GR DAMPIER (SPÖ) sagte einleitend, daß alle Teilunternehmungen der Wiener Stadtwerke nicht nur ihrem Auftrag nachgekommen sind, sondern auch als moderne, umweltbewußte Unternehmen bezeichnet werden kön-

Forts. von Blatt 1466

Forts. auf Blatt 1468

nen. Ein Beispiel sei der Block 3/4 in Simmering, den man als „Umweltmusterblock“ bezeichnen könne. Die Errichtungskosten betragen fünf Milliarden Schilling, davon werden 1,2 Milliarden Schilling für den Umweltschutz verwendet.

Er habe bei einer Tagung internationaler Experten feststellen können, daß das Umbauprogramm der Verkehrsbetriebe sowie das Nachrüsten von Bussen auch international als Spitzenleistung anerkannt werden. Dampier sagte, 1988 seien bei Bussen 20 Nachrüstungen erfolgt, 1989 werden 100 Nachrüstungen durchgeführt, und im kommenden Jahr werden die letzten 30 Busse nachgerüstet, womit diese umweltfreundliche Aktion abgeschlossen sein wird.

Zur Kritik an der Tarifpolitik stellte Dampier fest, daß die Rohstoffpreise schwanken, die Aufwendungen für Rohenergiekosten nur 24 Prozent der Gesamtaufwendungen ausmachen und die laufenden Kosten etwa bei Personal oder Betriebskosten, steigen.

StR HATZL (SPÖ) wies in seinem Schlußwort darauf hin, daß die Zahl der Fahrgäste von öffentlichen Verkehrsmitteln gegenüber 1950 von 575 auf 602 Millionen gestiegen ist, obwohl sich der Bestand an privaten Kraftfahrzeugen enorm vervielfacht hat. Seit er das Ressort 1982 übernommen hat, sei die Zahl der Fahrgäste um 15 Prozent gestiegen, obwohl in diesem Zeitraum keine U-Bahn-Linie fertiggestellt wurde, sagte Hatzl. Ein Termin für die Verlängerung von weiteren U-Bahn-Linien sei derzeit noch nicht fixierbar, und er wolle auch nichts versprechen, was nicht realisierbar ist. Die vorhandenen Mittel müßten in sinnvoller Weise auf alle öffentlichen Verkehrsmittel aufgeteilt werden. Bei den Verhandlungen um einen neuen Stromtarif konnte erreicht werden, daß dieser bis 1991 konstant bleibt, sofern es nicht Änderungen beim Verbundstrom gibt. Der tatsächliche Verlust der Stadtwerke liege nur um 0,2 Prozent des Gesamtvolumens der Stadtwerke von 21 Milliarden Schilling höher als prognostiziert. E- und Gaswerke würden auch in Zukunft die Pensionslasten selber tragen. Das Eigenkapital der Stadtwerke sei höher als 1982, und es wurden auch entsprechende Rücklagen für größere Investitionen gebildet.

ABSTIMMUNG: Der Rechnungsabschluß der Wiener Stadtwerke wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen. Die beiden Beschluß- und Resolutionsanträge wurden einstimmig an den zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen.

Kontrollamtsbericht

GR Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) legte als Vorsitzender des Kontrollausschusses den Kontrollamtsbericht 1988 vor. Hirnschall nahm dies zum Anlaß, dem Kontrollamt für die Qualität der Arbeit und die umfangreiche Prüftätigkeit zu danken.

StR Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte einen im Kontrollamtsbericht aufgezeigten „Schlendrian“ im Verwaltungsbereich des Gesundheitswesens. Das komme beispielsweise in Ungenauigkeiten bei der TBC-Statistik, bei Honoraren für eine teilbeschäftigte Ärztin oder bei der Lebensmittellagerverwaltung im Allgemeinen Krankenhaus zum Ausdruck. Daneben würdigte Pawkowicz die lobend erwähnte Tätigkeit der MA 36, die vorbildlich für andere städtische Dienststellen sei.

GR Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) stellte fest, der Kontrollamtsbericht bestätige viele Kritikpunkte der ÖVP. Dazu gehöre die Nichteinhaltung des dreistufigen medizinischen Versorgungskonzeptes, wie es im Zielplan für das Gesundheitswesen festgeschrieben sei. Statt einer Verlagerung von den Spitälern zu den regionalen Versorgungseinrichtungen wurde ein Erlaß des Anstaltenamtes nicht zurückgenommen, wonach einmal in Spitalambulanzen behandelte Patienten nicht an niedergelassene Ärzte weiterverwiesen werden dürfen. Bei der Neuorganisation der Augenkliniken seien

Forts. von Blatt 1467

Forts. auf Blatt 1469

Umbaukosten von 7,5 Millionen Schilling in Kauf genommen worden, statt einfach Betten zu entfernen. Die städtischen Steinmetzbetriebe arbeiten unwirtschaftlich. Es dränge sich die Forderung nach „mehr Privat und weniger Staat“ auf. Weiters kritisierte Regler schleppende Aktenerledigung in der Straßenbauabteilung und arge Mängel bei städtischen Wohnhausneubauten mit noch immer nicht absehbaren Folgekosten. Abschließend sagte Regler, daß Stadtrat Mrkvicka nach dem Stadionskandal den Hut habe nehmen müssen, während der gleichermaßen involvierte Finanzstadtrat weiterhin im Amt sei.

GR JANK (SPÖ) betonte, daß seine Fraktion daran interessiert sei, nichts unter den Teppich zu kehren. Die Berichte des Kontrollamtes enthalten neben festgestellten Mängeln auch konstruktive Vorschläge, die Grundlage für viele Verbesserungen im Bereich der Stadt Wien seien. Er strich als besonders positiv heraus, daß die Vertraulichkeit der Berichte bis zu den Ausschusssitzungen immer gewahrt werde. Abschließend dankte er dem Vorsitzenden des Kontrollausschusses, GR Dr. HIRNSCHALL, und dem Kontrollamtsdirektor Dr. SATRAPA sowie dessen Mitarbeitern für die korrekte und effiziente Zusammenarbeit.

ABSTIMMUNG: Der Bericht des Kontrollamtes wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Flächenwidmung Stammersdorf

GR GAAL (SPÖ) beantragte die Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes sowie die Festsetzung einer Schutzzone für ein Gebiet in Stammersdorf.

GR FÜRST (ÖVP) begründete, warum seine Fraktion im Stadtsenat und im Ausschuß diesem Geschäftsstück nicht zugestimmt habe, nun aber dazu bereit sei: Die bisherige Vorgangsweise habe zu der Befürchtung Anlaß gegeben, daß die Flächenwidmung ohne vorherige Kontaktnahme mit betroffenen Grundeigentümern durchgeführt würde. Nunmehr habe sich die Situation geändert, weshalb seine Fraktion der für die Errichtung einer dringend benötigten Aufbahrungshalle für den Stammersdorfer Ortsfriedhof benötigten Flächenwidmung zustimme. Fürst brachte einen ANTRAG ein, in dem er einen Zeit- und Finanzplan für Verkehrsberuhigung, Stadterneuerung und Revitalisierung für die alten Ortskernen verlangte.

Der vorliegende Flächenwidmungs- und Bebauungsplan sehe für Stammersdorf zukunftsweisende Ziele vor, erklärte GR REITER (SPÖ). So solle das örtliche Erscheinungsbild erhalten bleiben, im Ortskern seien gemischte Nutzung und durchgrünte Wohnzonen in den Randgebieten vorgesehen. Auch die landwirtschaftlichen Gebiete bleiben erhalten.

ABSTIMMUNG: Einstimmig; der von GR FÜRST eingebrachte Antrag wurde dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Flächenwidmungs- und Bebauungsplan

GR KÖNIG (SPÖ) brachte einen Antrag zur Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für das Gebiet bei der Stadthalle im 15. Bezirk ein.

In diesem Gebiet gibt es ein Bauvorhaben, die sogenannte Lugner-City, bei der es zu Verstößen gegen die Bauordnung kam, die zulässige Gebäudehöhe wurde überschritten, sagte GR PRINZ (FPÖ). Da es immer wieder Merkwürdigkeiten bei Baugenehmigungen gebe, werde seine Fraktion nicht zustimmen.

Das Projekt sei nicht ausgereift, die Planung für die Infrastruktur fehle, und die Bürger seien wegen der befürchteten Lärmbelästigung beunruhigt, stellte GR Dkfm. WÖBER (ÖVP) fest. Während in den USA und im Westen Europas bereits Einkaufszentren wieder leerstehen, werde bei uns noch

Forts. von Blatt 1468

Forts. auf Blatt 1470

immer gebaut. Daher lehne auch seine Fraktion die Änderung des Flächenwidmungsplanes ab.

Planungsstadtrat Dr. SWOBODA (SPÖ) erklärte, daß das bisherige Verfahren zur Errichtung von Einkaufszentren nicht ausreiche. Es sollte daher mit allen Interessensvertretern ein neues Verfahren überlegt werden, das flexibler ist und die Anrainerinteressen berücksichtigt. Sofort nach Bekanntwerden der Tatsache, daß die vorgeschriebene Bauhöhe überschritten worden sei, wurde die Weisung zur Baueinstellung gegeben, betonte Swoboda. Alle Interventionen Lugners wurden zurückgewiesen und Strafanzeige beim Magistratischen Bezirksamt erstattet. Es wurde mittlerweile eine Strafe verhängt. Jene Bauteile, die dem neuen Flächenwidmungsplan nicht entsprechen, wurden bereits abgetragen, sodaß nach Beschlußfassung eine Bauverhandlung durchgeführt werden kann. Weiters sprach der Planungsstadtrat eine Warnung für all jene aus, die glauben, daß man es sich werden richten können. Vor allem auch, wenn im Wald- und Wiesengürtel gebaut wird, werde mit aller Härte vorgegangen werden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

Schulneubau in Meidling

GR STEINBACH (SPÖ) stellte den ANTRAG, für die Errichtung einer 15klassigen Schule in Meidling, Rohrwassergasse, 88 Millionen zu genehmigen.

Die Errichtung einer neuen Volksschule sei etwas Positives, es sei nur bedauerlich, daß sie in einer der letzten Oasen in Meidling entstehen soll, sagte GR Karin LANDAUER (FPÖ). Außerdem sei man bei Bohrungen in einer Tiefe von 3,5 Metern auf Grundwasser gestoßen, wodurch sich die Kosten für den Schulneubau verteuern dürften.

GR Mag. KARL (ÖVP) sagte, dieses Geschäftsstück sei der Beweis dafür, daß sich die ÖVP von guten Argumenten überzeugen lasse. Man sei ursprünglich gegen diesen Standort gewesen, den man nach wie vor nicht für optimal halte, aber es sei ein architektonisch durchdachtes Projekt geworden.

Ein rascher Bau habe sich nur an diesem Standort verwirklichen lassen, alles andere hätte sich gegen die Interessen von Eltern, Schülern und Lehrern gerichtet, meinte GR RUPANER (SPÖ): Die Ablehnung der FPÖ sei allein politische Taktik.

GR STEINBACH stellte fest, es könne keine Rede davon sein, daß der Meidlinger Bevölkerung ein Grünbereich verloren gehe.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. Die Sitzung des Wiener Gemeinderates endete um 22.50 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 1469